

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888**

16.2.1888 (No. 47)

# Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 16. Februar.

No. 47.

Expedition: Carl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorabbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

## Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 15. Februar.

Ueber das Befinden Seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen spricht sich eine von gestern Abend 11 Uhr datirte Meldung aus San Remo sehr befriedigend aus. Sie besagt, der Kronprinz fühle sich überaus wohl und habe feste Speisen mit Appetit genossen; Fieber oder andere unangünstige Erscheinungen lägen nicht vor. Die Nacht ist wieder weniger gut verlaufen, gleich der vorhergegangenen, in der, wie uns gestern ein Privattelegramm berichtete, der Schlaf mehrfach gestört war. Ein heute Vormittag 10 Uhr ausgegebenes Bulletin meldet: „Der Kronprinz hatte keine gute Nacht und klagt über Kopfweh. Im Uebrigen ist der Zustand jedoch vollkommen befriedigend. Madenzie bleibt heute noch hier.“ Es heißt, daß auf besonderen Wunsch Seiner Kaiserlichen Hoheit das zuletzt von Geheimrath Birchow erstattete Gutachten und ein weiteres Gutachten Madenzies demnächst veröffentlicht werden sollen.“

Das Gesetz über Aenderungen der Wehrpflicht ist, wie ein Telegramm aus Berlin uns meldet, heute publizirt worden. Gleichzeitig mit der amtlichen Publikation des Gesetzes veröffentlicht das „Armee-Verordnungsblatt“ vorläufige Ausführungs- und militärische Ergänzungsbestimmungen zu demselben. Danach sind verabschiedete, aber zum Eintritt in die Landwehr zweiten Aufgebots verpflichtet, und in Folge dessen wiederangestellte Offiziere in die Ranglisten aufzunehmen. Die Offiziere der Landwehr zweiten Aufgebots sind als Mitglieder des Offiziercorps ihres Landwehrbataillonsbezirks dem Ehrengerichte unterstellt. Die Offiziere der bisherigen Landwehr bleiben Angehörige des ersten Aufgebots. Die Mannschaften der Ersatzreserve gehören dem Beurlaubtenstande an. Die bisherige Eintheilung in Landwehrregimenter und Bataillone kommt, die Garde ausgenommen, in Wegfall; an deren Stelle treten die den Infanteriebrigaden direkt unterstellten Landwehrbataillonsbezirke. Die Landwehrbezirkskommandos werden künftig kurz nach dem Stabsquartier bezeichnet. Die Offiziere und Stammmannschaften der Bezirkskommandos, die Offiziere der Provinziallandwehrinfanterie und alle bei der Mobilmachung aus dem Landwehrbataillonsbezirk hervorgehenden Infanterieformationen tragen statt der bisherigen Regimentsnummer die Nummer ihrer Infanteriebrigade. Beigegeben ist diesen Bestimmungen ein vollständiges Tableau der neuen Landwehrbezirkseintheilung, welches auch das württembergische und beide bayerische Armeecorps mit umfaßt.

Die „République française“ hat Herrn Florens abgerufen, sich um das Abgeordnetenmandat im Departement der Hochalpen zu bewerben, und es würde dem Rufe des Herrn Florens als Diplomat wiewohl förderlicher gewesen sein, wenn er diesem Rathe gefolgt hätte; denn den Erfolg, den er mit seiner Rede in Briançon errang, scheint der Wahlkandidat Florens auf Kosten des Ministers Florens erzielt zu haben. Wir theilten gestern die Hauptzüge dieser Ansprache mit, indem wir hinzusetzten, die Aeußerungen seien ein Beweis dafür, daß auch der friebliebende und gemäßigte französische Staatsmann es für nöthig hält, dem Chauvinismus einige kleine Zugeständnisse zu machen, wenn er von der öffentlichen Meinung etwas erreichen will. Aber was man bei einem anderen französischen Politiker weniger auffällig finden würde, erhält in dem Munde des verantwortlichen Leiters der auswärtigen Politik Frankreichs eine besondere Bedeutung. In Rom haben die Worte des Herrn Florens großes Aufsehen und lebhaftere Erregung hervorgerufen. Der „Fracassa“ und die „Riforma“ weisen die Aeußerung des französischen Ministers, daß Frankreich vor einem Angriffe Italiens auf der Hut sein müsse, mit Entschiedenheit zurück: „Fracassa“ verlangt, daß Florens die Berichte über seine Rede rektifizire, während die „Riforma“ dem französischen Minister vorwirft, daß er den diplomatischen Anstand verlegt habe. Gerade der französische Minister des Auswärtigen, der den diplomatischen Verkehr mit Italien leite, müsse besser als jeder Andere die friedlichen Absichten Italiens kennen. Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ spricht sich scharf gegen die Aeußerungen des französischen Ministers aus. Sie schreibt:

Man darf sich fragen, ob die symptomatische Kundgebung, wie sie sich soeben zwischen dem Minister Florens und dem Bürgermeister von Briançon abgespielt hat, zu Gunsten einer Entlastung der schwebenden Krise spricht. Denn die Voraussetzung einer Bedrohung der französischen Grenze, worauf Herr Florens dem Bürgermeister der genannten Stadt gegenüber an-

spielte, ist doch nirgends gegeben, außer etwa in einer Ideen-association, welche den wahren Thatbestand geradezu auf den Kopf stellt, indem sie bei den Nachbarn Frankreichs aggressive Gelüste argwöhnt. Die strategische Rolle, welche Herr Florens der Stadt Briançon zuerkennt, wird dieser Ort zu spielen nie in die Lage kommen, wenn die europäische Krise den Verlauf nimmt, der in den Hoffnungen und Bestrebungen der verbündeten Mächte gelegen ist. Wir bemerkten, daß Briançon, dessen militärische Verthierung Herr Florens als Franzose und als Patriot in Aussicht stellt, im Departement der Hochalpen, an der von Grenoble über den Mont Genevre nach Suva in Italien führenden Straße liegt, durch sieben Forts, welche die hier in einander mündenden Thäler beherrschen, und außerdem durch starke Werke so gut besetzt ist, daß es schon jetzt für unannehmbar gilt. Und doch eine weitere Verthierung dieser „abgerückten Schildwache“ Frankreichs!

Einer Mittheilung aus Capstadt zufolge unterliegt es keinem Zweifel, daß der Absatz deutscher Fabrikate nach Südafrika, welches für die Befriedigung seiner wichtigsten Bedürfnisse bis jetzt noch vollständig von Europa und den Vereinigten Staaten Amerika's abhängt, einer großen Ausdehnung fähig sei. Daß viele Erzeugnisse deutschen Gewerbliebes mit den fremdländischen Erzeugnissen erfolgreichen Wettbewerbs eingehen können, höre man allseitig bekämpfen, nur handle es sich für die Verfertiger darum, sich einigermaßen dem Geschmacke der dortigen Verbraucher anzupassen. Behufs Anknüpfung von Geschäftsverbindungen mit Südafrika sei den deutschen Fabrikanten jedoch zu empfehlen, sich nicht unmittelbar an die dortigen Einfuhrhäuser, sondern an deren Vertreter in Europa zu wenden.

Nach einem beglaubigten Berichte muß eine Ausdehnung der geschäftlichen Stellung Deutschlands in Persien auf dem Gebiete der unmittelbaren Einfuhr gesucht werden und kann ein schneller Aufschwung unserer Handelsbeziehungen zu diesem Lande nicht erwartet werden, so lange die Gewerbetreibenden und Kaufleute in Deutschland, London oder Konstantinopel warten, bis persische oder armenische Händler kommen, um ihnen ihre Waaren abzukaufen. Bisher habe sich kein einziges deutsches Haus in Persien niedergelassen oder durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen, während englische und russische Häuser dort mehrfach vertreten seien und es auch französische Ladengeschäfte gebe, welche in der Hauptstadt einen schwunghaften Handel treiben sollen. Einfuhrgegenstände nach Persien seien hauptsächlich: Baumwollgewebe, Tuch, Porzellan, Uhren, Goldstücke, Waffen, Pulver, Patronen, Kurzwaaren, Wagenbestandtheile, Geschirre, Zucker, Stearinlichter, Petroleum, Wein, Liqueure, chemische Erzeugnisse, Thee, Kaffee, wohltreibende Flüssigkeiten, Spiegel, eingelegte Schwaaren, Drogen, Eisen, Stahl, Kupfer, Wäschleinen, Krystall-, Töpfer-, Seidenwaaren, Brocatstoffe, Kattun, Wollentstoffe.

## Deutschland.

\* Berlin, 14. Febr. Seine Majestät der Kaiser nahm heute Vormittag den Vortrag des Polizeipräsidenten Frhrn. v. Richthofen und dann militärische Meldungen entgegen. Später hörte Allerhöchstdieselbe den Vortrag des Generals v. Albedyll. Um 2 Uhr machte der Kaiser eine Ausfahrt, um 4 Uhr erschien Fürst Bismarck zum Vortrag.

— Heute Nachmittag fand beim Reichskanzler ein parlamentarisches Diner statt, zu welchem außer den Mitgliedern des Reichstagspräsidentiums zahlreiche Abgeordnete geladen waren, darunter v. Wolke, v. Bennigsen, v. Malgahn, v. Franckenstein, v. Hellborn, v. Behr, v. Hasfeld, v. Huene, v. Rauchsaupt, Reichensperger, Mirbach, Frege, v. Kleist, v. Handjerry, v. Stolberg, Preußing, Gehlert, Hambach, Vohren, Sedlmayr, Wenzel, Mooren, Wichmann, Oeschelhäuser, v. Abelnmann, Fehling, Enneccerus, Neurath, Meyer, Kulmiz, Tröndlin, Fischer, Marquardsen, Hobrecht, Saro, Ackermann, Ehrlichshausen, Hastedt, Scipio, v. Buol, Bürlin und Wörmann. Beim Diner waren die Damen Fürstin Bismarck und Gräfin Kanthau, sowie Graf Kanthau, Rottenburg und Schwarzkoppen anwesend.

— Der Gouverneur von Berlin, General der Infanterie v. Werder, wird in etwa acht Tagen nach Petersburg reisen, um dort einen vierwöchentlichen Urlaub zu zubringen. Der Gzar hatte bei seiner Durchreise am 18. November, wie bereits gemeldet, den General zu einem Besuche mündlich eingeladen und dem Vernehmen nach vor kurzem diese Einladung erneuert lassen. Eine politische Aufgabe ist mit dieser Reise nicht verbunden.

— Dem Bundesrath ist der am 20. September 1887 zu Guatemala unterzeichnete Freundschafts-, Handels-, Schiffsfahrts- und Konsularvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Freistaate Guatemala, sowie der am 12. Dezember 1887 dajelbst unterzeichnete gleiche Vertrag mit Honduras zugegangen. Abgesehen von einer Anzahl redaktioneller Verbesserungen sind die Verträge identisch mit der bestehenden Freundschafts-, Handels- und Schiffsfahrtsconvention vom 18. Mai 1875 mit Costa-Rica. Wie diese und wie fast alle zwischen europäischen und amerikanischen Staaten bestehenden Ver-

träge beruhen die beiden vorgenannten auf dem Grundsatz der vollen Reziprozität und sichern, abgesehen von dem sich auch in dem costaricanischen Vertrage findenden Vorbehalt die gleiche Behandlung der beiderseitigen Angehörigen mit den Angehörigen der meistbegünstigten Nation.

— Nachdem die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch einige Wochen die gemeinsamen Beratungen ausgesetzt, hat gestern, wie schon kurz erwähnt, zum ersten Male wieder eine Sitzung der Gesamtkommission stattgefunden. Es werden der „N. Pr. Ztg.“ zufolge jetzt die Beratungen über die bereits erwähnte Reihe kleinerer, mit dem eigentlichen Gesetzbuche in Zusammenhang stehender Gesetze beginnen, welche zum größten Theile seitens der einzelnen Mitglieder der Kommission schon vorbereitet sind. Namentlich handelt es sich dabei um das Einführungs-gesetz, die Grundbuchordnung, ein Gesetz betreffend die Behandlung der Extrajudizialsachen u. a. Für den am 8. d. M. hier verschiedenen Wirkl. Geh. Rath und Präsidenten des Oberlandesgerichts zu Dresden, Dr. v. Weber, wird, wie es heißt, wahrscheinlich kein neues Mitglied eintreten, weil das Hauptwerk vollendet ist und die noch zu erledigenden Arbeiten einen Ersatz nicht mehr unumgänglich nöthig machen.

Darmstadt, 14. Febr. Die Zweite Kammer ist auf den 21. Februar einberufen. Hauptgegenstand der Beratung ist der Staatsvoranschlag.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Febr. Aus Pest wird berichtet, daß der Kaiser bei den Hoffesten wiederholt betont habe, er hoffe, daß der Frieden in diesem Jahre erhalten bleiben möge. Die Festlichkeiten zur Anwesenheit des Hofes in Pest gestalteten sich übrigens diesmal sehr glänzend. — Der Reichskriegsminister Graf Bylandt-Mehydt ist von seiner Krankheit völlig hergestellt und hat die Geschäfte seines Amtes wieder aufgenommen.

— In den letzten Tagen brachten einige Blätter die Nachricht, daß der General-Quartiermeister Graf Waldersee für den Fall eines Krieges der verbündeten Mächte als Chef des Generalstabes des österreichisch-ungarischen Heeres bezeichnet sei und schon an den vor einigen Wochen in Wien unter Vorsitz des Kaisers Franz Joseph stattgefundenen militärischen Beratungen militärischen Beratungen theilgenommen habe. Der „Nöln. Ztg.“ schreibt man dazu aus Berlin: „Wenn diese Nachrichten auch bald darauf widerrufen wurden, so war man in hiesigen militärischen Kreisen doch darüber sehr erstaunt, daß derartige, sachlich so unumgliche Behauptungen überhaupt Eingang in die Presse finden konnten. Der Reichskanzler hat in seiner großen Rede ausdrücklich darauf hingewiesen, daß durch das abgeschlossene Bündniß die inneren Interessen der Reiche der beiden Verbündeten nicht berührt werden. In den eigentlichen Interessen eines Staates ist doch aber wohl ganz sicherlich die Führung seines Volkes und damit auch seines Heeres zu rechnen. Der Generalstab des österreichisch-ungarischen Heeres gehört — dies ist in der ganzen Welt faßsam bekannt — zu den besten militärischen Einrichtungen desselben. Seine Offiziere haben sich auf allen Gebieten militärischer Thätigkeit sowohl im praktischen Dienst, was die jährlichen Manöver bezeugen, als auch in der Militärliteratur und Kartographie hervorgethan. Ist somit für die Entsendung eines preussischen Offiziers als Generalstabchef weder eine Berechtigung noch eine Nothwendigkeit vorhanden, so ist es völlig unhaltbar, von der Theilnahme irgend eines Offiziers an Beratungen zu sprechen, welche im Frieden immer nur rein österreichisch-ungarische Angelegenheiten behandeln können. Sollte nämlich wirklich einmal eine gemeinschaftliche Kriegsführung nöthig werden, so kann doch kein Mensch schon jetzt die militärischen Verhältnisse voraussehen, unter denen diese Möglichkeit dann eintritt. Diese Verhältnisse hängen bekanntlich insonderheit von den Anordnungen des Gegners ab, sind daher zunächst unbestimmbar und schließen somit vorherige Verhandlungen selbstverständlich aus.“

## Belgien.

Brüssel, 14. Febr. Der König hat gestern ein Dekret unterzeichnet, welches den infolge der Unruhen von 1886 verurtheilten Arbeiterführern den Rest der Gefängnißstrafe nachsieht. Auch der wegen Erschießung seiner Frau zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurtheilte Gustav Vandermissen (früheres Kammermitglied für Brüssel), der seit 18 Monaten im Gefängniß zu Mons gefesselt hat, ist vom König begnadigt und am Samstag auf freien Fuß gesetzt worden. Es ist ihm zur Bedingung gemacht worden, daß er Belgien verlasse.

## Frankreich.

Paris, 14. Febr. Den Blättern geben die gestrigen Kammerabstimmungen reichlichen Stoff zu Erörterungen über die parlamentarische Lage. Das allgemeine Urtheil geht dahin, daß eine so ungewisse Situation, bei welcher wichtige Entscheidungen dem Zufall anheimgestellt sind, nicht auf die Dauer zu ertragen sei. Die 256 Abgeordneten, welche gestern für die Bewilligung des Tonkreditbills stimmten, bestanden aus 254 Republikanern

und 2 Mitgliedern der Rechten (Bischof Freppel und de Witt); die 256, die gegen die Bewilligung stimmten, waren 144 Mitglieder der Rechten, 112 Republikaner (76 von der äußersten Linken, 25 von der radikalen Linken). Ohne die Geistesgegenwart des Ministerpräsidenten Tirard würde das Kabinett abermals durch eine Vereinigung der Rechten mit Clemenceau und Genossen gestürzt worden sein. Tirard gab der Kammer Gelegenheit, sich zu korrigieren, indem er seine Forderung für Contin ermäßigte und über die so reduzierte Summe nochmals abstimmen ließ. Die von Tirard zugestandene kleine Ersparung von 200 000 Francs bei einer Forderung von 20 Millionen wäre schwerlich im Stande gewesen, das Abstimmungsresultat zu verändern, wenn nicht die Ablehnung des ursprünglich geforderten Credits durch eine Zufallsmajorität herbeigeführt worden wäre. Aber es wird nicht immer möglich sein, übereilte und zufällige Kammerbeschlüsse zu korrigieren, und deshalb erhebt die Presse dringender als je den Ruf nach einem „starken Ministerium“, das sich auf eine zuverlässige Kammermajorität stützen kann. Nur ist die Frage, wer dieses starke Ministerium bilden soll und wer die Autorität hat, um sich eine feste parlamentarische Majorität zu verschaffen, noch immer unentschieden. Auch Floquet, auf den die radikalen Blätter so große Hoffnungen setzen, dürfte dazu kaum im Stande sein; denn das scharfe Redewort, welches bei der Debatte über den Wilson-Standal Floquet und Cassagnac mit einander hatten, zeigt, daß die Rechte sich bei der ersten passenden Gelegenheit mit den gemäßigten Republikanern zum Sturze Floquet's zu verbinden streben würde. — Es heißt, der Unterstaatssekretär der Kolonien, Faure, wolle demissionieren. — Bei einem zu Embrun zu Ehren des Ministers Florens stattgehabten Bankett hielt derselbe eine Rede, worin er erklärte, er habe bei seinen Geschäften nicht Delegationen der Exekutivgewalt, sondern Delegationen des Volkes bleiben wollen. — Die französische Handelsbilanz stellt sich für Januar wie folgt: Einfuhr 182 Millionen (gegen 276 im Vorjahr), Ausfuhr 214 Millionen (gegen 204 im Vorjahr). — Der Deputierte Rainguer (Kisne) ist gestern unmittelbar nach der Kammereröffnung gestorben.

Was militärische Einrichtungen und Reformen betrifft, so sind die Franzosen seit 1872 beinahe ausschließlich in deutsche Fußstapfen getreten, was sie aber aus naheliegenden Gründen nicht dort haben wollen. Auch die neue Wehrrule, welche die deutsche Armee im Kriegsjahre um mindestens 800 000 Streiter erhöht, soll nunmehr in Frankreich möglichst rasch nachgeahmt werden, wie aus Vorschlägen der Militärkommission der Deputiertenkammer zu entnehmen ist. Dem „Frankf. Journ.“ schreibt man hierüber von militärischer Seite: „Wir zweifeln nicht daran, daß es gelingen wird, diesen Vorschlägen Gesetzeskraft zu erwirken, schon allein deswegen, um dem französischen Volk, vor Allem aber einem eventuellen Verbündeten, mit recht großen Zahlen imponieren zu können. Anders sieht es jedoch mit der praktischen Bedeutung und dem militärischen Werte einer solchen Einrichtung, welche ein zweites Landwehraufgebot nebst Landsturm schaffen will, aus. Ganz abgesehen von dem Fehlen eines allen Anforderungen entsprechenden Offiziers- und Unteroffizierscorps für solche Formationen, das, wie Fürst Bismarck in seiner denkwürdigen Rede vom 6. Februar hervorgehoben hat, kein Land Deutschland nachmachen kann, dürften auch finanzielle Bedenken schwerwiegender Art die Ausführung einer solchen Maßregel gerade jetzt fraglich erscheinen lassen. Das französische Budget ist — die allgemeine ungünstige Gestaltung desselben außer Acht gelassen — in Bezug auf außerordentliche militärische Ausgaben gegenwärtig mit noch mindestens 800 Millionen belastet, deren Verwendung für die nächste Zeit in Aussicht genommen ist, ohne daß hierbei die geplante Reformation der Territorialarmee in Ansatz gebracht wäre. Sollte aber letztere nach deutschem Muster tatsächlich zur Ausführung kommen, so müßten hierfür mindestens weitere 4 bis 500 Mill. Francs verfügbar gemacht werden, weil in Deutschland, dank seiner gediegeneren und schon lange in Kraft befindlichen militärischen Organisation, eine Menge Anstaltungsküden besser Qualität für Anstellung von Feldformationen schon vorhanden sind, welche in Frankreich erst zu beschaffen wären. Und um diese Anschaffungskosten würde der finanzielle Bedarf Frankreichs unseren 280 Millionen-Kredit überschreiten müssen. Für die Landwehr zweiten Aufgebotes, ebenso für den Landsturm, stehen aber in Deutschland weiterhin tatsächlich die erforderlichen Offiziere und Unteroffiziere zur Verfügung, weil die allgemeine Wehrpflicht bei uns schon seit mehreren Menschenaltern besteht, während in Frankreich diese erst seit 15 Jahren eingeführt ist — es geht daraus hervor, daß dort Landwehroffiziere und Unteroffiziere in annähernd genügender Zahl überhaupt gar nicht vorhanden sein können für die in Rede stehenden Formationen, denn hierzu sind 25 Jahrgänge an Chargen in Deutschland verfügbar, in Frankreich höchstens 15 Jahrgänge. Also erst nach 10 Jahren würden die Franzosen in der Lage sein, auf die nötige Anzahl Chargen rechnen zu können. Ebenso ungünstig sieht es aber auch mit den Mannschaften aus. Selbst wenn in Frankreich wirklich ein Gesetz angenommen wird, demzufolge die Dienstpflicht sich bis auf das 45. Lebensjahr — inclusive Landsturmpflicht — erstreckt, so würde dasselbe in der Hauptsache nur auf dem Papier stehen, da kaum 15 volle Jahrgänge wirklich ausgebildeter Soldaten verfügbar sind. Gewiß müssen auch diejenigen Soldaten in Betracht gezogen werden, welche vor Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Heere gebildet haben. Aber da vor 1873 das jährliche Rekrutenkontingent in Folge des Eintheilungssystems tatsächlich niemals 80 000 Mann überstieg, so reicht in Frankreich die Zahl ausgebildeter, für Landwehr zweiten Aufgebotes und Landsturm verwendbarer ehemaliger Soldaten an die deutsche Ziffer auch nicht im entferntesten heran. Nach gewissenhafter Schätzung würde eine Nachahmung der letzten deutschen Wehrrule durch die Franzosen deren Armee höchstens einen Zuwachs von 250 bis 300 000 ehemaliger Soldaten bringen, welche außerdem beinahe sämtlich noch nach jetzt ungültig gewordenen Reglementen ausgebildet worden sind und für die nur eine verschwindend kleine Zahl Landwehroffiziere aufzubereiten wäre.“

#### Italien.

Rom, 14. Febr. Gestern Nachmittag fand ein Ministerrath statt, in dem die Kabinettsmitglieder sich vorzugsweise mit der Demission des Unterrichtsministers Scappino beschäftigten. Der Minister beharrte

auf seiner Demission und dieselbe ist vom König nun genehmigt worden. Die „Tribuna“ meldet, daß auch der Minister der öffentlichen Arbeiten, Saracco, seine Entlassung gegeben habe, da er mit den finanzpolitischen Beschlüssen des Kabinetts nicht einverstanden ist. — Aus Massanah meldet die „Agenz. Stefani“: „Man glaubt, daß Ras Alula geringe Verstärkungen nach Asmara gebracht habe; indessen soll sich in Godofelassi der Sohn Ras Michael's mit Truppen befinden, deren Stärke man nicht kennt. Der Negus befindet sich noch immer in Abua. Derselbe scheint im Begriffe zu sein, nach dem Süden abzugehen. Den letzten Nachrichten zufolge zweifelte man an der Insurrektion des Königs Menelik von Schoa, doch ist es konstatirt, daß sein Verhalten, wenn nicht ein offenes feindseliges, so doch niemals ein dem Negus günstiges war. Die Truppen des Goggiam und ein Theil der Truppen des Sohnes des Negus scheinen durch die Demissionen paralysirt zu sein.“

#### Großbritannien.

London, 14. Febr. Baron Worms, welcher sich auf der Rückreise von Berlin nach London befindet, wurde zum Staatssekretär der Kolonien ernannt. Lord Dufferin, der bisherige Botschafter von Indien, soll, wie es heißt, Botschafter in Rom werden. — Das Oberhaus nahm in erster Lesung die Bill betreffend die Regelung des Eisenbahnkanal-Verkehrs an. — Im Unterhaus erklärte der Unterstaatssekretär des Auswärtigen, Fergusson, er habe bereits mitgeteilt, daß die Regierung außer den dem Hause bekannten Engagements keine Verpflichtungen eingegangen habe, welche eine militärische Aktion Englands, die selbstredend die navale einschließt, zuzugewähren. Der Schriftwechsel mit verschiedenen europäischen Staaten über die gegenwärtige Lage könne nicht vorgelegt werden. Der Kapitän Labouchere fragte, ob die Antwort dahin zu verstehen sei, daß keine Abmachung mit Italien bestehe, selbst ohne Zusage einer militärischen Aktion Englands zur See. Fergusson erklärte, er könne keine weitere Antwort geben. Das Unterhaus setzte darauf die Abredede fort. — Der Bericht der vom Staatssekretär von Schottland zur Untersuchung der auf der Insel Lewis bestehenden Nothlage eingesetzten Kommission, welche gestern dem Parlament vorgelegt wurde, entwirft ein trauriges Bild von den dortigen Verhältnissen. Ueberproduktion, ausländische Konkurrenz und andere Ursachen haben die Einnahme der Fischer bedeutend verringert. Sie leben fast ausschließlich noch von Fischen und die Liebesgaben, welche das Hilfskomitee ihnen gesandt hat, bilden seit Wochen die einzige Abwechslung. In Lochs und an anderen Orten werden die meisten Leute in den nächsten zwei Monaten ihr Vieh tödten müssen, um sich am Leben zu erhalten. Die Kommission schließt ihren Bericht mit den Worten: „Wir sind überzeugt, daß thatsächlicher Hunger und in Lewis nur dadurch bisher abgewandt ist, weil die letzte Ernte überaus reichlich war. Er wird aber eintreten, bevor die nächste Ernte reif ist. Abhilfe ist nur möglich, falls andere Beschäftigung für die Leute gefunden oder die Bevölkerung der Insel stark reduziert würde.“

#### Türkei.

Konstantinopel, 13. Febr. Das Verhältniß zwischen der Pforte und den Armeniern hat ungeachtet der Konferenzen des Großveziers mit armenischen Notabeln und der Begegnungen zwischen Persönlichkeiten des Palastes und hervorragenden Armeniern eine Verschärfung erfahren, welche eine nahe Fessierung nicht wahrscheinlich macht. — Der „Polit. Korresp.“ zufolge sind aus Armenien Meldungen von energischen Nachforschungen der dortigen Behörden und neuer Verhaftungen von Armeniern eingelaufen, welche darthun, daß der Verdacht des Sultans bezüglich der Loyalität der Armenier durch die Versicherungen ihrer Notabeln nicht zerstreut wurde, vielmehr in letzter Zeit neue Nahrung erhalten zu haben scheint.

#### Amerika.

Washington, 13. Febr. Dem Reuterschen Bureau meldet man von hier, die Arbeiten der Fischer-Konferenz hätten thatsächlich ihren Abschluß gefunden mit dem Ergebnis, daß die verschiedenen Punkte, die so lange Gegenstand der Erörterung waren, durch gegenseitige Zugeständnisse seitens der beteiligten Länder geordnet worden sind. Die Vervollständigung der Abmachungen auf der vereinbarten Grundlage dürfte eine weitere Woche in Anspruch nehmen.

#### Zeitungsstimmen.

Ein Berliner Brief des „Stuttgarter Neuen Tagesblatts“ geht auf die Rede des Fürsten Bismarck und die Urtheile der Presse über dieselbe ein. Am häufigsten lehre die Bemerkung in den Blättern wieder, daß die Rede eine ehrliche Rede war, „eigentümlicher Weise neben der Ansicht, daß man in ihr ein Meisterstück der Diplomatie zu sehen habe, und eigentümlicher Weise ist beides richtig. Sie ist das Meisterstück einer ehrlichen Diplomatie, einer Diplomatie, wie sie eben erst dem Fürsten Bismarck ihre Einführung verdankt, einer Diplomatie, wie sie aber auch nur ein Geleit von solcher Klarheit, von solchem Zielbewußtsein und ausgerüstet mit dem Gewicht einer solchen Autorität und mit dem Rückhalt einer solchen thatsächlichen Macht mit Erfolg zu vertreten vermag.“ Und nach dem Hinweis auf die an den deutschen Patriotismus sich wendenden Schlussworte der Rede: „Dieser Ton war es auch, der aus den Bemerkungen der einzelnen Parteiführer, mit denen sie das stillschweigende Votum des Reichstags begründeten, widerklang, und in diesem Ton waren auch, das muß zugestanden werden, die Betrachtungen der Berliner Morgenblätter gehalten, die man am Dienstag zu lesen erhielt. Indem von den Montagsausführungen des leitenden Staatsmannes Kenntniß genommen wurde, gedachte man keineswegs der vorausgegangenen Hindeutungen auf den Ernst der Lage in der Presse und insbesondere durch die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Vertrages als eines Gegenstandes. Es beeinträchtigt eben die Wahrheit einer Mei-

nungsäußerung nicht, wenn sie eine überlegte ist, und wenn neben manchem, was gesagt wird, manches, was noch gesagt werden könnte, dem geeigneteren Zeitpunkt vorbehalten wird. Fürst Bismarck hat es gewiß mit großem Vorbedacht angedeutet, daß Völkerduellen gewöhnlich nicht Aufrichtigkeiten voranzugehen pflegen wie Studentenzweikämpfe. Man „foramirt“ sich nicht leicht (stellt sich nicht leicht zur Rede) auf dem Gebiet der auswärtigen Politik zumal und wenn militärische Bewegungen in Frage stehen, so drückt dies ungefähr Fürst Bismarck aus. Deutschland liebt den Frieden! hat der Reichstanzler versichert, und wir glauben, ja wir wissen es, und wir haben uns keine Sorge zu machen, daß zunächst irgendwo die Kriegslust erwacht — hat er uns gesagt. Aber er hat uns auch zu verstehen gegeben, daß diese Kriegslust einen sehr leisen Schlaf hat!“

Die „Königliche Zeitung“ beschäftigt sich mit der Art und Weise, wie die englischen hochpolitischen Zeitungen, wie „Times“, „Standard“, „Globe“, die Rede des Reichstanzlers besprechen, und hebt dabei hervor, daß dieselben sich durch die friedliche Kundgebung nicht durchweg angemutet fühlen. „Die Times“ fährt sie fort, „will in der Rede einen inneren Widerspruch erblicken, indem der Fürst sich einerseits bestrebt zeige, Rußland als ungefährlich hinzustellen, andererseits aber betone, daß es gefahrdrohend sei. Dieser Widerspruch besteht thatsächlich nicht, weil der Fürst von der Ungefährlichkeit Rußlands nicht gesprochen, sondern nur den Czaren als friedliebend gekennzeichnet und seinem Vertrauen in die friedliebenden Worte des Czaren Ausdruck verliehen hat. . . . Besonders bemerkenswert ist aus naheliegenden Gründen die Beurtheilung, welche die englischen Zeitungen der Rede des Fürsten im Hinblick auf die Orientfrage angebeihen lassen. Die Times“ vermischt Auslassungen des Kanzlers über den Fall, daß Rußland die Lage im Balkan verewaltige, auf Oesterreich stöße und auf diesem Wege Deutschlands Bundesgenossen angreife. Dieses Schweigen entziehe in dessen den Fall nicht der englischen Betrachtung Europa's. Auch „Standard“ und „Globe“ werfen die Frage auf, wie Deutschland sich verhalten würde, wenn Rußland die orientalische Frage durch einen Einfall in Bulgarien eröffnere und Oesterreich bedrohte. Darauf kann unter Hinweis auf den Wortlaut des deutsch-österreichischen Bündnisvertrages erwidert werden, daß ein russischer Einfall in Bulgarien kein Angriff auf Oesterreich ist. Es ist aber durchaus begrifflich, daß man in England durch eine solche Antwort nicht befriedigt sein würde. Dort würde man einen österreichisch-russischen Krieg nicht ungenug sehen, weil man wünscht, daß Andere die Schlächten Englands schlagen möchten. Hierin liegt denn auch der eigentliche Grund, weshalb die englische Presse mit der Rede des Fürsten nicht durchweg zufrieden ist. Die Aeußerung der „Times“, die Rede des Fürsten Bismarck lasse die „Lage“ unverändert, weil in derselben kein Wort über die russisch-österreichischen Beziehungen enthalten sei, deutet allzu klar auf ihren Ursprung hin. Sie ist auch vom englischen Standpunkte aus ganz richtig, da die Lage Englands durch die Rede des Fürsten allerdings nicht verändert worden ist. Aber auch dem „Standard“ glauben wir mit der Annahme, daß der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen, nicht Unrecht zu thun, wenn wir in diesem Blatte lesen, man dürfe als Folge der Rede des Fürsten erwarten, daß, sobald Rußland sich stark genug fühle, es die orientalische Frage auf diplomatischem Wege angreifen und zu einer Krisis bringen werde. Wir finden den Wunsch Englands, daß sich Jemand finden möchte, der ihm seine Geschäfte im Orient besorgt, vom englischen Standpunkte aus völlig verständlich. Aber eben so bereitwillig sollte man auch in England anerkennen, daß das deutsche und österreichische Interesse seinen Schwerpunkt in einer anderen Richtung zu suchen hat, in der des Abwartens, und zwar um so mehr, als ein solches Abwarten die Aussichten auf Frieden vergrößert. „Standard“ befürchtet, die Politik des Fürsten Bismarck werde irgend eine Macht eine Enttäuschung bereiten, und wirft die Frage auf, welche Macht dies sein werde. Darauf glauben wir, im obigen Sinne antworten zu können: — dem England, wie „Times“, „Standard“ und „Globe“ es jetzt vertreten möchten.“

Zur parlamentarischen Lage bemerkt das „Leipziger Tageblatt“: „Wer sich in dem Parteitampfe der letzten Jahre einen unbefangenen Blick für das parlamentarische Leben gewahrt hat, der wird, welchen politischen Standpunkt er im Uebrigen einnehmen möge, zugeben müssen, daß der Deutsche Reichstag, welcher aus den Wahlen des vorigen Frühjahrs hervorgegangen ist, sich in ganz hervorragender Weise von seinen Vorgängern unterscheidet. Freilich die Redewuth der radikalen Opposition, der Demokratie wird weder der gegenwärtigen Reichstag, noch irgend eine menschliche Einrichtung überhaupt zu heilen oder aus der Welt zu schaffen jemals im Stande sein. Denn darin steht ja diese Opposition ihre Lebensaufgabe, Alles pessimistisch zu kritisieren, das Bestehende zu scheitern, möglichst derbe „Kraftworte“ anzuwenden und die allein selig machende Auffassung über alle politischen und unpolitischen Fragen lediglich sich selbst zu zuschreiben, ohne an dem Gegner ein gutes Haar zu lassen. Also mit der Thatsache, daß die Herren Richter und Richter, Wibel und Singer immer unzufrieden sein werden, daß Herr Windthorst Alles immer besser verstehen wird als Fürst Bismarck, müssen wir uns eben zurechtfinden. Gleichwohl aber, obgleich diese Führer auch im gegenwärtigen Reichstage sitzen, unterscheidet sich dieses Parlament von den früheren dadurch, daß, als die Mehrheit Richter-Windthorst-Grillenberger den Ausschlag gab, die hauptsächlichste Leistung derselben im Reden und Vernehmen bestand, während die jetzige Vertretung des deutschen Volkes weniger in Sprechübungen als in wirklichen Thaten ihre Stärke erweist. Das deutsche Volk hatte einen berechtigten Ueberdruß gezeigt an den parlamentarischen Debatten; das ist anders geworden. Der Deutsche Reichstag litt in den letzten Jahren an dauernder Beschlußunfähigkeit, das ist ebenfalls anders geworden. Hat der Reichstag in der vorigen, seiner ersten Session das ihm von der deutschen Nation übertragene Mandat richtig dahin verstanden, daß er ohne viele Worte die Septennatsvorlage bewilligte, so wurde in dieser Session ohne alle Redensarten die Ergänzung dazu, das Wehrgesetz, einstimmig gutgeheißen. Das war eine That. Und wenn Fürst Bismarck den früheren Parlamenten gegenüber oft in herben Worten seinem Schmerze darüber Ausdruck geben mußte, daß sie für die ihnen zugewiesene nationale Aufgabe ein so sehr mangelndes Verständniß zeigten — so fand sich dagegen vor wenigen Tagen der Herr Reichstanzler veranlaßt, dem Reichstage für das richtige und prompte Erfassen seiner großen Ideen seinen Dank auszusprechen. Und weiter arbeitet der Reichstag mit einer Regelmäßigkeit und Ausdauer, mit einem Erfolge, daß ihm die Nation es ebenfalls Dank wissen muß. . . . Nicht die „Reaktion“ ist die Signatur des neuen Reichstags, wie es die Demokraten so gern in alle Welt hinausgeschrien, vielmehr echte nationale Gefinnung prägt Allem, was der gegenwärtige Reichstag beschließt, seinen Stempel auf, und so möge es bleiben zum Heile der deutschen Nation trotz aller Rädertischen Rassenraufe!“



### Code-Anzeige.

Verwandten und Freunden geben wir tiefbetrübt die schmerzliche Mittheilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, heute Mittag 5 Uhr unseren innigst geliebten Vater, Großvater, Schwiegervater und Onkel

### Heinrich Wedekind Maschinenmeister

in Folge eines Herzschlages zu sich zu rufen. Wir bitten um stille Theilnahme. Karlsruhe, den 14. Februar 1888.

### Die trauernden Hinterbliebenen:

- Otto Wedekind, Wien.
Martha Caffon, geb. Wedekind.
A. Caffon.
Antonie Wedekind Wwe.

Die Beerdigung findet am 16. Februar, Nachmittags 1/2 3 Uhr, vom Trauerhause, Karlstraße 21a aus, statt. 2. 716.

Nach kurzem Krankenlager verschied plötzlich unser langjähriger treuer Mitarbeiter

### Herr Heinrich Wedekind Maschinenmeister.

Seit dem Jahre 1849 ununterbrochen unserer Druckerei angehörend, erwarb er sich durch die Biederkeit seines Charakters und strengste Pflichterfüllung die Achtung und Anerkennung Aller. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Karlsruhe, 14. Februar 1888.

2. 717. G. Braun'sche Hofbuchdruckerei.

### Todesanzeige.

2. 714. Emmendingen. Freunden und Bekannten geben wir tieferschüttert Nachricht von dem heute Nacht unerwartet erfolgten Ableben unserer lieben, unvergesslichen Tochter, Gattin, Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester und Schwägerin, Nichte u. Tante, der Frau Karoline v. Theobald, geb. Jäger, und bitten um stille Theilnahme. Emmendingen, 15. Febr. 1888. Im Namen der Hinterbliebenen: Oberamtmann von Theobald.

### Bekanntmachung.

Die Stelle des hiesigen Grund- und Pflanzbuchführers, welche durch Rücktritt des bisherigen Inhabers in den Staatsdienst frei geworden ist, soll sobald als möglich mit einem Mann neu besetzt werden, welcher den Anforderungen des Gesetzes vom 24. Juni 1874 (die Führung der Grund- und Pflanzbücher in einigen Städten betr.) entspricht. Derselbe muß also zum Richteramt oder zum Notariatsdienst befähigt und nach dem hiesigen Statut in der Lage sein, eine Kaution von 4000 M. zu stellen. Als Anfangsgehalt ist der Betrag von 4000 M. in Aussicht genommen; die Regelung aller weiteren sich hierauf und auf die Pensionierung beziehenden Fragen bleibt der näheren Vereinbarung vorbehalten. Etwasige Bewerber eruchen wir, ihre Gesuche binnen vier Wochen außer einfinden zu wollen. Konstanz, den 11. Februar 1888. Der Stadtrath. D. Winterer.

### Bekanntmachung.

Auf den 1. September d. J. ist die Stelle des Rechners der städtischen Sparkasse darüber zu besetzen, welche mit einem Anfangsgehalt von 2000 M. und mit einer Kautionstellung von 3500 M. verbunden ist. Bewerbungen und etwaige Anfragen wegen der weiteren Vertragsbestimmungen sind anher zu richten. Konstanz, den 10. Februar 1888. Das Bürgermeisteramt. A. Stigler. vdt. Schmidt.

### Bekanntmachung.

2. 650.2. St. Andreasberg i. Harz. Bitte. Seit mehreren Wochen befinden sich vier Lungenkranke hier zur Kur, deren Mittel sehr beschränkt

waren, so daß ich sie aus dem von mir gesammelten Fonds für bedürftige Lungenkranke habe unterstützen müssen. Die Besserung ist inzwischen bei allen sehr gut fortgeschritten und völlige Heilung steht bei längerer Dauer der Kur in sicherer Aussicht. Da nun die Mittel der von mir verwalteten Kasse fast völlig erschöpft sind, - im Jahr 1887 habe ich fast 2400 Mark an Unterstützungen weggegeben - so wende ich mich an alle diejenigen, welche für die Leiden ihrer Mitmenschen ein warmes und fühlendes Herz haben, mit der Bitte, den vier Unglücklichen durch Anwendung kleiner Geldbeiträge die Möglichkeit einer vollständigen Heilung zu verschaffen. Zur Entgegennahme der Beiträge bin ich sehr gern bereit. St. Andreasberg im Harz. Dr. Aug. Ladendorfer.

Red Star Line  
Roth Stern Linie  
König. Belg. Postdampfer von  
Antwerpen nach New York  
Philadelphia  
Schnelle Fahrten, gute Verpflegung, billige Preise.

Auskunft ertheilen: von der Becks & Marsaly, Antwerpen, Joh. Folstenberger, Marienstr. 17, L. Ph. Dressler, 76 Zabringerstr., W. Gutkowski, Akademiestrasse 15, Bruno Kossmann, Zirkel 24, B. Konrad, Steinstrasse 2, Carl Barthold, Adlerstrasse 19.

### Sicherste Hilfe!

gegen Husten, Auswurf, Asthma, Lungen- und Nierenkatarrh gibt Höpner's weltberühmtes Maltojen-Präparat. Dundersten gehalten. Sie haben 2 Fl. 80 Pf. 3 Fl. verpackt M. 2.90 bei A. Höpner, Berlin, Alte Jakobstr. 75.

### Bürgerliche Rechtspflege.

2. 705. Nr. 902. Ettlingen. Das Kontursverfahren über das Vermögen des Daniel Emig, Bergolder in Ettlingen, ist nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Ettlingen, den 10. Februar 1888. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Matt.

## Die Weinwirthschaft und Restauration Bremeier in Karlsruhe

Ritterstraße, gegenüber der Post, ist wieder eröffnet und hält sich bestens empfohlen. Guter Mittagstisch, reichhaltige Frühstückskarte, reine Weine. Aufmerksame Bedienung, billige Preise.

Kontursverfahren. 2. 711. Nr. 1581. Erberga. In dem Kontursverfahren über das Vermögen des Schuhmachers und Schuhwaarenhändlers Georg Ludmann von Gütenbach wird Termin zur Verhandlung über den vom Gemeinschuldner in Vorschlag gebrachten Zwangsvergleich unter Verbindung mit dem allgemeinen Prüfungsstermin auf Dienstag den 21. Februar 1888, Vormittags 10 Uhr, bestimmt.

Der Vergleichsvorschlag kann auf der Gerichtsschreiberei dahier eingesehen werden. Erberga, den 14. Februar 1888. Großh. bad. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber J. B. Baldinger.

2. 715. Nr. 2299. Baden. Das Kontursverfahren über den Nachlaß des Oberleutnants a. D. Richard v. Balde in Baden wurde durch Beschluß des Großh. Amtsgerichts hier vom 11. d. M. auf Grund des § 188 Kont. O. eingestellt. Baden, den 14. Februar 1888. Großh. bad. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber: Kus.

Veräußerungsverbot. 2. 971. Civ.-Nr. 3701. Karlsruhe. Nachdem gegen den Nachlaß des Kohlenhändlers C. W. Roth hier die Kontursöffnung beantragt ist, wurde durch Beschluß des Großh. Amtsgerichts hier vom heutigen die Veräußerung, Verpfändung und Belastung des Nachlassvermögens unterlag. Karlsruhe, den 14. Februar 1888. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts: W. Franke.

Verhollendungsverfahren. 2. 632.2. Nr. 2383. Offenburg. Schreiner Andreas Bürkle von Schutterwald ist vor 30 Jahren nach Amerika ausgewandert und hat seither keine Nachricht mehr von sich gegeben. Derselbe wird auf Antrag aufgefordert, binnen Jahresfrist seinen derzeitigen Aufenthaltsort anzuzeigen, ansonst er für verhollendet erklärt und seine mutmaßlichen Erben in fürsorglichen Besitz seines Vermögens eingewiesen würden. Offenburg, den 4. Februar 1888. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: C. Keller.

Erbeinweisungen. 2. 658.1. Nr. 1700. Engen. Norbert Mader Witwe, Marie Agatha, geb. Weber in Uttenhofen, hat um Einweisung in Besitz und Gewär des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes Norbert Mader gebeten. Diesem Gesuch wird entsprochen, wenn nicht innerhalb vier Wochen Einsprache darüber erhoben wird. Engen, den 8. Februar 1888. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: J. Schäffauer.

2. 659.1. Nr. 1962. Engen. Johann Reichle, Bahnwärter von Mühlhausen, hat um Einweisung in Besitz und Gewär des Nachlasses seiner verstorbenen Ehefrau Antonie Schwarz gebeten. Diesem Gesuch wird entsprochen, wenn nicht innerhalb vier Wochen Einsprache darüber erhoben wird. Engen, den 8. Februar 1888. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: J. Schäffauer.

Erbsverteilung. 2. 940.1. Adelsheim. Christof Ludwig Reinhard von Ruchsen, 3. J. in Amerika unbekannt wo, ist zum Nachlaß seiner am 26. Januar 1888 zu Ruchsen ledig verstorbenen Schwester Christiana Sophia Reinhard miterbberichtig und wird zu der Vermögensaufnahme und zugleich zu der Erbtheilungsverhandlung unter Anberaumung einer Frist von drei Monaten mit dem Bedenken vorgeladen, daß wenn er nicht erscheint, die Erbschaft denen werde zugetheilt werden, welchen sie zuläme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre. Adelsheim, den 9. Februar 1888. Großh. bad. Notar Haber.

2. 929.2. Gernsbach. Zu dem übersandten Nachlaß des in Hörden verstorbenen verwitweten Händlers Karl Haug sind kraft Gesetzes dessen Bruder Jakob Haug, welcher mit Hinterlassung von Kindern in Amerika gestorben und dessen Bruderstochter, Veronika Haug, welche in Italien verheiratet sein soll, als Erben gerufen. Dieselben sind, da ihr Aufenthalt nicht bekannt ist, zu den Erbtheilungsverhandlungen mit Frist von drei Monaten mit dem Bedenken öffentlich vorgeladen, daß wenn sie nicht erscheinen, die Erbschaft denen wird zugetheilt werden,

welchen sie zuläme, wenn die Geladenen zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären. Gernsbach, den 9. Februar 1888. Großh. bad. Notar Wiesler.

### Strafrechtspflege.

2. 850.2. Nr. 1076. Breisach. Karl Radler, 28 Jahre alt, Maurer von Schelingen und zuletzt wohnhaft daselbst, Gervas Glodner, 26 Jahre alt, lediger Landwirth von Breisach und zuletzt wohnhaft daselbst, Adolf Kind, 34 Jahre alt, verheirateter Schuster von Achsaren und zuletzt wohnhaft daselbst, Josef Häfeler, 32 Jahre alt, Metzger von Werdlingen und zuletzt wohnhaft daselbst, werden beschuldigt, daß sie, und zwar: 1. Radler u. Glodner als beurlaubte Reservisten, 2. Kind u. Häfeler als Wehrmänner der Landwehr, ohne Erlaubniß ausgewandert sind; indem dieselben weder ins Ausland zurückgekehrt sind, noch um Verlängerung des ihnen ertheilten Urlaubs nachgesucht haben, - Uebertretung gegen § 360 Biff. 3 St. O. B. Dieselben werden auf Anordnung des Großh. Amtsgerichts hier selbst auf Mittwoch den 4. April 1888, Vormittags 9 Uhr, vor das Gr. Schöffengericht Breisach zur Hauptverhandlung geladen. Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozeßordnung von dem Kgl. Bezirkskommando Freiburg ausgestellten Erklärung verurtheilt werden. Breisach, den 1. Februar 1888. Großh. bad. Amtsgericht. Der Gerichtsschreiber: Weifer.

### Bekanntmachung.

2. 886.2. Nr. 206. Baden-Baden. Arbeitvergebung. Höherem Auftrag zufolge sollen die nachstehend verzeichneten Arbeiten für das neu zu erbauende Landesbad in Baden (Hauptgebäude) auf Einzelpreise öffentlich vergeben werden. Pläne, Arbeitsbedingungen, Kostenanschlag können in unserem Geschäftszimmer, Rangstraße Nr. 55, täglich während der üblichen Bureaustunden eingesehen und die Formulare für die Angebote in Empfang genommen werden. Maurerarbeit . . . 96183 „ Verputzarbeit . . . 18711 „ Einbauearbeit . . . 98377 „ Zimmerarbeit . . . 20092 „ Klempnerarbeit . . . 9868 „ Schieferdecker u. Holzeimer 1848 „ Malz- u. Gebeisen . . . 6581 „ Zu den Arbeiten für den Hauptbau gefellen sich noch diejenigen für die große Terrasse, die steinerne Zufahrtsbrücke, das Maschinenhaus und die Badeeinrichtung. Die Submission beginnt Donnerstag den 9. Februar und wird Mittwoch am 22. Februar, Abends 6 Uhr, geschlossen. Baden-Baden, den 4. Februar 1888. Gr. Bezirksbauinspektion.

### Holzversteigerung.

2. 960.1. Nr. 86. Karlsruhe. Aus Großh. Hardtwald, Abtheilung V. 13. Knäulstod, werden versteigert: Donnerstag den 23. d. M.: 300 Stämme Forsten I., II., III. Klasse, 73 Stämme Rothbuchen, Bagnerholz. Freitag den 24. d. M.: 243 Stämme Forsten I., II., III. Klasse, 103 Stämme Buches, 27 Stämme Forstenes Prügelholz, 1375 Stück buchene Wellen und 10 Boote Schlagraum. Die Zusammenkunft ist jeden Tag früh 9 Uhr auf dem Lindeheim-Friedrichshaler Weg an der Saarschule. Karlsruhe, den 13. Februar 1888. Gr. Hoffort- u. Jagdamt Friedrichshal. von Werbart.

### Bekanntmachung.

2. 688. Nr. 20. Durlach. Das Lagerbuch der Gemarkung Grödingen ist im Konzept aufgestellt und wird daselbe gemäß Art. 12 der Allerhöchsten Verordnung vom 11. Septbr. 1885 von heute an auf die Dauer von vier Wochen in dem Rathhaus zu Grödingen zur Einsicht der theilhaftigen Grundeigentümer öffentlich aufgelegt. Dieses wird mit dem Anfügen bekannt gegeben, daß etwaige Einwendungen gegen die Beschreibung der Eigenschaften und ihrer Rechtebeschaffenheit innerhalb der genannten Frist dem Unterzeichneten mündlich oder schriftlich vorzutragen sind. Durlach, den 11. Februar 1888. Krieger, Bezirksgeometer.

### Bekanntmachung.

2. 972. Karlsruhe. Johann Kramer Eheleute in Basel haben um die Erlaubniß nachgesucht, den Familiennamen der am 8. Februar 1874 zu Steinen gebornen Lina Hedendorff in „Kramer“ umändern zu dürfen. Etwasige Einsprachen gegen die Bewilligung dieses Gesuchs sind innerhalb drei Wochen dahier einzureichen. Karlsruhe, den 8. Februar 1888. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts. Hoff. Hildenbrand.

### Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

2. 963. Karlsruhe. Mit dem 16. Februar l. J. wird die italienische Station Crunifallo mit der Fracht von 7,01 tcs. pro 1000 kg für die Strecke Bino tr. - Crunifallo in den direkten deutsch-italienischen Kohlenverkehr via Gotthard-Bino aufgenommen. Karlsruhe, den 13. Februar 1888. General-Direktion.

### Großh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

2. 974. Karlsruhe. Zum Tarifheft VI. a. für den Güterverkehr zwischen belgischer Seebahnhafstation und Karlsruhe einerseits und belgischen Stationen andererseits vom 1. September 1885 wird mit Gültigkeit vom 1. März l. J. der Nachtrag II ausgeben, welcher die Aufnahme der Station Krozingen und Riegel in den direkten Verkehr, eine Ergänzung der Ausnahmestufe sowie einen Ausnahmestarif für bestimmte Stückgüter enthält. Exemplare des Nachtrags können bei beliebigem Tarifbureau bezogen werden. Karlsruhe, den 14. Februar 1888. General-Direktion.

### Kurz- und Brennholz-Versteigerung.

2. 946.1. Die Großh. Bezirksforstei Karlsruhe versteigert in der Forstdomäne Kastenwörth mit städtischer Vorgrün oder beim Baargahnen Rabattbepflanzung, jeweils 9 Uhr auf der Hiebfläche beizunehm: Donnerstag den 23. Februar d. J.: 5 Eichen I. Kl., 25 St. II. Kl., 26 St. III. Kl., 23 St. IV. Kl., 73 Stämme Eichen, schwächere bis starke, 45 St. Buchen, 11 St. Eichen, 73 St. Rothbuchen, 5 St. Kanadische u. 27 St. Silberpappel, 3 St. Welle (Schwarzpappel) u. 10 St. Rothweiden. Freitag den 24. Februar: 16 Ster Eichenst. 1196 Ster gemischte harte u. 378 Ster gemischte weiche Prügel und Nollen u. 371 Ster Stodholz. Samstag den 25. Februar: 20900 gemischte Weiden. Die Wahlhüter Fütterer in Forstheim und Raffeter in Darzlanden zeigen inzuwischen das Holz vor, Erster fertigt Auszüge aus den Aufnahmestellen.

### Bekanntmachung.

2. 707. Nr. 93, 94, 95, 96. Adelsheim. Zur Fortführung der Vermessungs- und der Lagerbücher nachfolgender Gemarkungen ist im Einverständnis mit den Gemeindevorständen der beteiligten Gemeinden Tagfahrt jeweils auf dem Rathhause der betreffenden Gemeinde anberaumt; für die Gemarkung: 1. Brunacker, Montag, 20. Februar, Vormittags 11 Uhr, 2. Zimmern, Montag, 5. März, Vormittags 9 Uhr, 3. Bergschadt, Montag, 26. März, Vormittags 8 Uhr, 4. Wemershof, Montag, 26. März, Vormittags 8 Uhr.

Die Grundeigentümer werden hievon mit dem Anfügen in Kenntniß gesetzt, daß das Verzeichniß der seit der letzten Fortführung eingetretenen, dem Gemeindevorstand bekannt gewordenen Veränderungen im Grundeigentum während acht Tagen vor dem Fortführungsstermin zur Einsicht der Beteiligten auf dem Rathhause aufsteht; etwaige Einwendungen gegen die in dem Verzeichniß vorgemerkten Änderungen in dem Grundeigentum u. deren Verurkundung im Lagerbuch sind dem Fortführungsbeamten in der Tagfahrt vorzutragen. Die Grundeigentümer werden gleichzeitig aufgefordert, die seit der letzten Fortführung in ihrem Grundeigentum eingetretenen, aus dem Grundbuch nicht ersichtlichen Veränderungen dem Fortführungsbeamten in der bezeichneten Tagfahrt anzumelden. Ueber die in der Form der Grundstücke eingetretenen Veränderungen sind die vorgeschriebenen Handrisse und Messurkunden vor der Tagfahrt bei dem Gemeindevorstand oder in der Tagfahrt bei dem Fortführungsbeamten abzugeben, widrigenfalls dieselben auf Kosten der Beteiligten von Amtswegen beschafft werden müßten. Adelsheim, den 14. Februar 1888. Der Bezirksgeometer: Mü n z.

2. 713.1. Ein Steuerkommisfargenheile kann eintreten bei Steuerkommisfardienstverweiser Müller in Eppingen. (Mit einer Beilage.)